2020/15 Inland

https://shop.jungle.world/artikel/2020/15/gemeinsam-handeln-im-einzelhandel

Im Einzelhandel schwindet die Tarifbindung

Gemeinsam handeln im Einzelhandel

Von **Peter Nowak**

Eine Kampagne setzt sich dafür ein, Tarifverträge im Einzelhandel für allgemeinverbindlich zu erklären. Das wäre für die Beschäftigten angesichts der Coronapandemie nötiger denn je.

Anton Kobel ist sauer. Im Zuge der Covid-19-Pandemie werden die Beschäftigten des Einzelhandels zwar häufig zu Heldinnen und Helden des Alltags verklärt. Aber über ihre schlechte Bezahlung wird nur selten geredet. Gemeinsam mit zwei Gewerkschaftskollegen hat Kobel deshalb eine Kampagne für allgemeinverbindliche Tarifverträge im Einzelhandel begonnen. »Bisher wird mehr als die Hälfte der Handelsbeschäftigten ohne eine tarifvertragliche Bezahlung abgespeist. Wir fordern deshalb die Politik auf, die jeweiligen regionalen Tarifverträge im Handel für allgemeinverbindlich zu erklären. Es ist im öffentlichen Interesse, dass die Handelsbeschäftigten Tarifverträge für alle bekommen«, fordert die Kampagne in einem Aufruf, der mittlerweile von zahlreichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unterschrieben wurde. »Wir haben uns gedacht, dass gerade jetzt, wo ständig betont wird, wie wichtig die Arbeit im Einzelhandel sei, eine gute Gelegenheit ist, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu fordern«, sagte Kobel im Gespräch mit der *Jungle World*.

Die Arbeitsbedingungen sind in der Coronakrise noch schlechter geworden. Eine im Einzelhandel arbeitende Frau sagte kürzlich dem Tagesspiegel: »Es ist schlimmer als in der Phase vor Weihnachten. Zu dem Stress kommt noch die beklemmende Stimmung. Abends kann ich nur noch auf der Couch liegen. Klar denke ich dann manchmal: Ich wäre auch gern in Quarantäne. Aber meine Arbeit ist ja so wichtig.« Eine Kollegin sagte der Zeitung, was viele der Beschäftigten angesichts der derzeit häufig geäußerten Anerkennung denken dürften: »Ich fände gut, wenn sich das auch mal in der Entlohnung widerspiegeln würde oder in den Arbeitsbedingungen. Das wäre eine angemessene Form der Wertschätzung! Ich habe Glück und werde nach Tarif bezahlt, aber viele Kollegen bekommen nur Mindestlohn.«

Kobel spielte als Gewerkschaftssekretär viele Jahre in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und später bei Verdi eine wichtige Rolle dabei, Beschäftigte im

Einzelhandel zu organisieren, und hat bei seiner Arbeit auch Kontakte zu außerparlamentarischen Linken geknüpft. Die Verdi-Kampagne für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen beim Discounterunternehmen Lidl ist wesentlich mit seinem Namen verknüpft. Sie begann im Dezember 2004 und machte die fragwürdigen und oft auch rechtswidrigen Praktiken des Konzerns öffentlich, unter anderem mit dem in mehrfacher Auflage erschienenen »Schwarzbuch Lidl – billig auf Kosten der Beschäftigten«.

Kobel vertrat somit eine konfliktbereite Gewerkschaftspolitik, die nicht nur die Beschäftigten eines Betriebs ansprach, sondern auch die Öffentlichkeit. Beim Einzelhandelsstreik 2008 blockierten kritische Kundinnen und Kunden als Streikunterstützer sogar Supermarktfilialen in Berlin und Hamburg, um die Arbeitgeber daran zu hindern, Beschäftigte im Ausstand durch Streikbrecher zu ersetzen. Für Verdi war diese gesellschaftliche Unterstützung auch deshalb von Bedeutung, weil die Zahl der organisierten Beschäftigten in der Branche gering war. Es bestand bereits damals die Gefahr, dass der Einzelhandel zur tariffreien Zone wird. »Die Tarifflucht geht im Einzelhandel unvermindert weiter«, sagte Kobel der *Jungle World*. Erst vor wenigen Monaten seien Kaufhof und Real aus dem Tarifvertrag ausgetreten. Die Frage, wie stark die Gewerkschaft in der Branche sei, stelle sich zurzeit besonders dringlich.

Unterstützung können die Beschäftigten gebrauchen: In der Coronakrise müssen sie mit noch größerem Stress zurechtkommen, zugleich droht Hunderttausenden von ihnen die Kurzarbeit, was mit erheblichen Einkommensverlusten verbunden wäre. »Im Einzelhandel sind die Einkommensverhältnisse so auf Kante genäht, dass die Beschäftigten keine Möglichkeit haben, für schwierige Zeiten zu sparen oder sich Rücklagen zu schaffen. Eine Einkommensreduzierung durch das Kurzarbeitergeld auf 60 beziehungsweise 67 Prozent würde Hunderttausende Einzelhandelsbeschäftigte in existenzbedrohende Notlagen stürzen«, warnte deshalb Stefanie Nutzenberger, Verdi-Bundesvorstandsmitglied und Leiterin des Fachbereichs Handel, in der vergangenen Woche.

© Jungle World Verlags GmbH